

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Annette Karl, Natascha Kohnen, Franz Maget, Florian Ritter, Bernhard Roos, Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Ludwig Wörner, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Realisierung der 2. S-Bahn-Stammstrecke

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend den vom Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München vorgeschlagenen Dialog aller Beteiligten zur Realisierung der 2. S-Bahn-Stammstrecke aufzunehmen.

Ebenso ist der vorgeschlagene moderierte Klärungsprozess aufzugreifen.

Dabei sollen mit dem vorgeschlagenen Moderator, Dr. Peter Gauweiler, der Bund, der Freistaat Bayern, die DB AG, die kommunale Ebene mit der Landeshauptstadt München und den Verbundlandkreisen an einen Tisch gebracht werden, um nach einer 15-jährigen Planungsgeschichte noch eine sachgerechte Lösung zur Realisierung dieses überaus wichtigen Verkehrsprojekts in Bayern zu finden.

Dabei sind besonders folgende Sachfragen noch einmal gemeinsam auszuloten und zu klären:

- Gibt es finanzierbare, technisch umsetzbare, alternative Einzelmaßnahmen oder einen Plan B, die einen 2. S-Bahntunnel und seine Bedeutung für das gesamte S-Bahn-System der Region München zeitnah ersetzen können?
- Welche Möglichkeiten gibt es, dass die Beteiligten Bund, Freistaat Bayern und DB AG die noch bestehende Finanzierungslücke von 350 Mio. Euro schließen können?
- Wie kann bei einem möglichen Finanzierungsbeitrag der kommunalen Ebene (Landeshauptstadt München und Verbundlandkreise) eine sachgerechte, konditionierte Vorfinanzierung (Zeitraum, Sicherheit und Zinslastverteilung) garantiert werden?

Begründung:

Während Staatsminister Martin Zeil nach Finanzierungsmöglichkeiten sucht, hat Ministerpräsident Horst Seehofer bereits das Aus für die 2. S-Bahn-Stammstrecke in München erklärt. Eine Entscheidung, mit der sich die Wirtschaft nicht abfinden will:

IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Driessen hat in der vergangenen Woche in einer Pressemeldung die Politik dazu aufgefordert, an den Planungen für die 2. S-Bahn-Stammstrecke und damit am Bau des Tunnels festzuhalten. „Das Großvorhaben ist Voraussetzung für eine bessere Anbindung der gesamten Metropolregion an die Münchner Innenstadt und für eine schnelle und attraktive Verbindung zum Flughafen München. Der zweite Tunnel darf daher nicht begraben werden, auch wenn die Finanzierung derzeit nicht vollständig gesichert ist“, schreibt Driessen. Seiner Ansicht nach ist das Projekt für die weitere Entwicklung des Standorts entscheidend. Schon heute, betont Driessen, stünde das Münchner S-Bahn-System vor dem Kollaps. Blicke es beim Nein aus der Staatskanzlei würde sich die Lage für Berufspendler, Besucher und Firmenkunden weiter verschlechtern. Ohne die 2. Stammstrecke sei zudem auch der weitere Ausbau des S-Bahnnetzes in der Fläche sinnlos. Zudem gebe es keine Alternative innerhalb des bestehenden Systems.

Viele Jahre lang konnte sich die Öffentlichkeit auch darauf verlassen, dass die 2. Stammstrecke, eines der wichtigsten Verkehrsprojekte des Freistaats Bayern, zur Gewährleistung des S-Bahn-Betriebs und zur Sicherung eines S-Bahn-Ausbaus zugunsten der gesamten Metropolregion München, nach Abschluss der restlichen Verfahrensschritte auch realisiert wird, weil sich dieses Projekt auf breite parlamentarische Mehrheiten stützen konnte:

1. Im Landtag haben die Regierungsparteien CSU und FDP sowie die größte Oppositionspartei SPD immer für dieses Projekt gestimmt und seine Realisierung versprochen.
2. Im Stadtrat der Landeshauptstadt München, die zwar an der S-Bahn und der Finanzierungsverantwortung nicht beteiligt ist, aber als betroffene Kommune anzuhören ist, gab es eine breite Zustimmung von SPD und CSU sowie einer großen Mehrheit der Grünen-Fraktion.
3. Sämtliche im MVV-Bereich gelegenen Landkreise haben sich wiederholt für die baldige Realisierung des 2. Tunnels ausgesprochen.

Darüber hinaus gab es 15 Jahre lang einen Konsens der Fachbehörden des Freistaats, der Bundesrepublik und der Landeshauptstadt München, dass dieses Projekt unerlässlich ist und es keine gleichwertige Alternative dazu gibt. Diese Auffassung vertrat auch die Bahn, der Münchner Verkehrsverbund und der Regionale Planungsverband.